Europa, Amerika und das Ringen
um eine neue Ordnung.

Zwischen Krieg und Frieden.

ATLANTIK-BRÜCKE

Zwischen Krieg und Frieden.

Wie globale Machtverschiebungen die Rolle des Westens verändern und Europa und Amerika um eine neue Ordnung ringen.

MIT BEITRÄGEN VON

- **Katherina Reiche,**
  Bundesministerin für Wirtschaft und Energie (CDU)

- **Carsten Breuer,**
  Generalinspekteur der Bundeswehr

- **Düzen Tekkal,**
  Journalistin & Menschenrechtsaktivistin

- **Florian Hahn,**
  Staatsminister im Auswärtigen Amt, MdB (CSU)

- **Claudia Plattner,**
  Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik
  mit Co-Autor **Dr. Florian Seiller,**
  BSI, Referat K24 – Strategien und neue Ansätze der Informationssicherheit

Vorwort / Sigmar Gabriel & Julia Friedlander

Was kommt als Nächstes?

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

im Oktober hat eine Delegation der Atlantik-Brücke das NATO-Hauptquartier in Brüssel besucht. In unseren Gesprächen vor Ort haben wir die derzeit wichtigsten Herausforderungen für die Allianz, den Zustand der transatlantischen Partnerschaft sowie Deutschlands neues Engagement zur Stärkung seines Verteidigungssektors diskutiert. Zudem erhielten wir Einblicke in die Möglichkeiten, wie das Start-up-Ökosystem zum Aufbau der deutschen Verteidigung beitragen kann, indem es dem Staat bestimmte Technologien bereitstellt. Nach dem Austausch war uns allen klar, dass die Welt, in der wir es uns in den vergangenen Jahrzehnten bequem gemacht haben, nicht mehr existiert. Aber wir haben auch festgestellt, dass diese neue Welt gleichzeitig den Wunsch weckt, Probleme zu lösen und Neues zu erfinden.

Das Hauptaugenmerk der NATO liegt nun wieder darauf, den potenziellen Gegner Russland abzuschrecken, damit er Europa nicht angreift. Es fühlt sich ein wenig so an, als wären wir wieder im Kalten Krieg. Wir stehen an einem historischen Wendepunkt, das steht fest. Doch was, werden Sie sich fragen, kommt als Nächstes?

Das transatlantische Verhältnis bleibt angespannt

Die transatlantische Partnerschaft ist unter US-Präsident Donald Trump deutlich angespannt, da grundlegende Interessen und Prioritäten immer weiter auseinanderklaffen. Insbesondere die Einführung von Sonderzöllen und die rigide „America First"-Handelspolitik belasten die wirtschaftlichen Beziehungen erheblich. Zugleich stellt Trump die Verteidigungsfähigkeit Europas offen infrage. Selbst nach einer Anhebung der Verteidigungsausgaben der europäischen Partnerländer auf fünf Prozent des BIP herrscht große Unsicherheit über die künftige Rolle der USA in der NATO.

Europa dagegen, stärker mit sicherheitspolitischen Herausforderungen – wie etwa Russlands wiederholten Provokationen an der NATO-Ostflanke – konfrontiert, muss seine Verteidigungsfähigkeit schnellstmöglich stärken, gerät aber zugleich innenpolitisch unter Druck – nicht zuletzt durch ein Erstarken der Rechtspopulisten. Nicht nur verteidigungspolitisch, auch wirtschaftlich ist Europa nach wie vor abhängig vom transatlantischen Raum. Es sieht so aus, als würde die strategische Ausrichtung der EU auch in Zukunft fragmentiert bleiben. Pragmatische Kooperationen bei sicherheitspolitischen Krisen sind vorübergehend zwar denkbar, langfristig aber durch innereuropäische Divergenzen zu stark belastet.

Russland und die Herausforderung an die NATO

Putin sieht derzeit keinen Anlass, seine Strategie zu ändern. Frieden in der Ukraine wird es vermutlich nicht so schnell wie erhofft geben. Russland wird auch in den nächsten Jahren als Aggressor im Mittelpunkt europäischer Sicherheitsfragen bleiben. Mit wiederholten Grenzverletzungen, wie den Drohnenangriffen auf NATO-Territorium, testet Moskau die politisch-militärische Solidität des Westens und setzt auf hybride Kriegsführung. Letztlich möchte Moskau eine regionale Einflusszone schaffen, die sich an den Umrissen der Sowjetunion orientiert. Das strapaziert nicht nur die NATO, sondern prägt auch die europäische Zukunftsplanung. Gleichzeitig stärkt Russland seine Kooperation mit Ländern wie Nordkorea und China, um multipolare Machtblöcke gegen den Westen zu formen.

Vor diesem Hintergrund vollzieht Deutschland derzeit einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz strebt in den kommenden Jahren an, die Bundeswehr zur konventionell stärksten Armee Europas auszubauen – eine strategische Zielsetzung, die durch ein erheblich größeres Budget, umfassende Strukturreformen und die Rekrutierung neuer Soldatinnen und Soldaten flankiert wird.

„DEUTSCHLAND VOLLZIEHT DERZEIT EINEN SICHERHEITSPOLITISCHEN PARADIGMENWECHSEL.“

Der Globale Süden und die neue Unabhängigkeit

Im Globalen Süden werden Führungsansprüche laut, die der Neuverteilung der Wirtschaftsmacht entsprechen. Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens wenden sich zunehmend eigenständigen Entwicklungswegen und Partnerschaften zu. Natürlich ist hier China ein Ankerpunkt, der seine Infrastrukturprojekte und Handelsverbindungen massiv ausbaut. Aber auch die aggressive Handels- und Migrationspolitik Donald Trumps zwingt andere Länder zu neuen Kooperationen. Ende August trafen sich der chinesische Präsident Xi Jinping, der russische Präsident Wladimir Putin sowie der indische Premierminister Narendra Modi in China. Die drei Länder versprachen sich eine vertiefte geopolitische Zusammenarbeit. Wir wissen nicht, ob dieses antiwestliche Signal den Beginn eines echten Re-Alignments zwischen Indien und China markiert. Wir sehen aber, dass ein Land wie Indien seine geostrategische Balance mit einem radikalen Pragmatismus zu wahren versucht, der europäische Ansätze wertegeleiteter Außenpolitik nicht wie ein Programm von gestern, sondern aus dem vergangenen Jahrhundert erscheinen lässt.

Naher Osten: Instabilität und neue Machtordnungen

Der Nahe Osten – allen voran Israel, Iran und Gaza – bleibt ebenfalls ein Ort der geopolitischen Unruhe, allerdings mit sich dynamisch verändernden Einflussbereichen. Während die USA trotz der Verbundenheit zu Israel vor allem die Nähe zu den Golfstaaten suchen, gewinnen regionale Mächte wie Saudi-Arabien und die Türkei weiter an geopolitischer Bedeutung. Die Konstante in dieser sich ständig verändernden Region zwischen Syrien und dem Jemen bleibt, dass sie sich in einem Unruhezustand befindet, in einem Ungleichgewicht, in dem politische Macht jederzeit fragmentiert werden und sich neu zusammensetzen kann. In diesem Machtkarussell sollte man die diplomatische Rolle Deutschlands nicht unterschätzen.

Im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit steht dabei weiter Israel, das sich nach wie vor mit einer andauernden Instabilität im Gazastreifen konfrontiert sieht. Für Europa stellt sich insbesondere die Frage, wie der fragile Waffenstillstand erhalten und ein humanitärer Zugang gesichert werden kann. Deutschland bekennt sich weiterhin ausdrücklich zur Sicherheit und Existenz Israels als Teil der Staatsräson, wie es auch Bundesaußenminister Johann Wadephul unterstreicht. Gleichzeitig fordern zahlreiche Stimmen aus Politik und Gesellschaft eine differenziertere Debatte angesichts der humanitären Notlage in Gaza und des wachsenden politischen Drucks innerhalb Europas.

KI und die Angst vor einem Crash

Der Blick in die Zukunft muss allerdings in diesen Tagen nicht nur in die politische, sondern auch – und vor allem – in die technologische Welt gehen. Die rasante Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) enthält das Versprechen eines rasanten technologischen Fortschritts, der auch Implikationen für die geopolitische Machtverteilung hat.

Gerade im Verteidigungssektor ist KI längst zum Schlüsselthema geworden: Die Bundeswehr und europäische Partner investieren massiv in KI-gestützte Systeme – von der automatisierten Auswertung von Satelliten- und Drohnendaten, über optimierte logistische Prozesse bis hin zu autonomen Abwehrsystemen und Szenarienanalysen. Der Einsatz von KI erfordert jedoch eine kontinuierliche regulatorische und ethische Kontrolle, insbesondere, wenn militärische Anwendungen schnell in sensible Dual-Use-Bereiche vordringen.

Zugleich verschärfen die globale Konkurrenz um Halbleiter und der Zugang zu kritischen Rohstoffen – insbesondere seltene Erden – die geopolitische Unsicherheit. Vor allem China nutzt Exportkontrollen als strategisches Druckmittel gegen westliche Industriestaaten, deren Hightech- und Rüstungsindustrie von einer sicheren Versorgung abhängig sind. Die Abhängigkeit Europas und der USA von wenigen Lieferländern birgt erhebliche Risiken für industrielle Wertschöpfungsketten, Verteidigungsfähigkeit und wirtschaftliche Souveränität. Eine Diversifizierung der Lieferketten, technologische Innovation und gezielte Rohstoffpartnerschaften sind deshalb zentrale Zukunftsaufgaben, um den Wohlstand und die Handlungsfähigkeit Europas langfristig zu sichern.

KI birgt aber auch das Risiko einer Investitionsblase, die inzwischen das amerikanische – und damit auch das globale – Finanzsystem gefährden könnte. Die kreditfinanzierten Investitionen gigantischer Infrastrukturen wie Rechenzentren und spezialisierte Chips machen jetzt schon einen imposanten Teil des amerikanischen Wirtschaftswachstums aus. Sollten sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, droht eine Kettenreaktion, die von der Tech-Branche auf die Finanzbranche und letztlich auf die Realwirtschaft überspringen könnte.

Eine solche Krise hätte weitreichende Folgen für Verbrauchervertrauen, Kreditvergabe und Wirtschaftswachstum. Die politische Unterstützung und regulatorische Maßnahmen sind somit entscheidend, um die Risiken zu steuern und das Potenzial von KI nachhaltig zu realisieren.

Die Gefahr autoritärer Kräfte

Durch Donald Trump hat sich die transatlantische Partnerschaft radikal verändert. Auf eine Zeit nach Trump zu hoffen, ist jedoch kein guter Ratschlag für Europa. Denn die aktuelle Lage, in der sich die Europäer befinden, offenbart ein strukturelles Dilemma: Die taktische Hoffnung, einen Konflikt durch die Besänftigung des US-Präsidenten hinauszuzögern, bleibt eine riskante und möglicherweise trügerische Strategie – ganz unabhängig davon, wer in Washington regiert. Europas Sicherheitsarchitektur ist derzeit immer noch zu stark auf die Gunst der USA ausgerichtet, eine echte europäische Souveränität wird es in absehbarer Zeit nicht geben.

Die inneramerikanischen Angriffe auf die Demokratie, von Wahlrechtsbeschränkungen bis hin zur Aushöhlung rechtsstaatlicher Institutionen, wirken längst über die Vereinigten Staaten hinaus. Sie könnten sich als Blaupause für autoritäre Kräfte in anderen westlichen Demokratien erweisen. Die Polarisierung und der zunehmende Populismus schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Widerstandsfähigkeit demokratischer Systeme weltweit. Europas wichtigste Aufgabe ist es daher, aus den Gefahren in den USA zu lernen: durch Förderung unabhängiger Institutionen, resilienter Kommunikationsstrukturen und der Bereitschaft zur eigenen Verantwortung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Zukunft ist multipolar und fragmentiert

Hinsichtlich eines künftigen Europas müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, die Hegemonie des Westens könne fortgesetzt werden. Ein „altliberales" Europa im Fahrwasser der USA wird es nicht mehr geben, auch wenn sich das viele aus Angst vor wirtschaftlichem Abstieg und politischem Bedeutungsverlust wünschen würden. In Zeiten, in denen China und der Globale Süden zunehmend erstarken, wird es für Europa immer schwieriger, seine Pfründe zu verteidigen. Aber wir sollten endlich den Ernst der Lage begreifen und uns der multipolaren Weltordnung stellen, statt sie aufhalten zu wollen. Der bevorstehende Umbruch wird mindestens so groß sein wie damals, als das Zeitalter der Industrialisierung anbrach. Wir sollten ihn aktiv mitgestalten, statt ihn zu bekämpfen.

„WIR MÜSSEN UNS VON DER VORSTELLUNG VERABSCHIEDEN, DIE HEGEMONIE DES WESTENS KÖNNE FORTGESETZT WERDEN.“

Die Atlantik-Brücke kann sich glücklich schätzen, in dieser fragmentierten Welt auf ein gefestigtes Netzwerk zugreifen zu können. Wir sind bereit, an Problemlösungen mitzuarbeiten und Orientierung zu bieten. Dabei zählen wir wie immer auf Ihr Engagement und Ihre Expertise!



Sigmar Gabriel
Vorsitzender



Julia Friedlander
Geschäftsführerin

8 **Editor's Note** / Beate Wild

Impulse für unsere Welt im Umbruch

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der Atlantik-Brücke,

die Ereignisse des zurückliegenden Jahres haben gezeigt, wie stark sich unsere Welt im Wandel befindet. Vor diesem Hintergrund widmet sich die diesjährige Publikation der Atlantik-Brücke den neuen globalen Machtverhältnissen und deren Einfluss auf die weltweite Stabilität. Mit **Katherina Reiche**, *Bundeswirtschaftsministerin*, **Carsten Breuer**, *Generalinspekteur der Bundeswehr*, **Düzen Tekkal**, *Journalistin und Menschenrechtsaktivistin*, **Florian Hahn**, *Staatsminister im Auswärtigen Amt*, und **Claudia Plattner**, *Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)* konnten wir fünf hochkarätige Persönlichkeiten gewinnen, die für uns den aktuellen Zustand dieser Welt aus ihrer jeweiligen Perspektive analysieren.

Vier Essays und ein Interview zeichnen ein hochaktuelles und vielschichtiges Panorama tiefgreifender geopolitischer Umbrüche und einer sicherheitspolitischen Neuordnung, die unsere Gegenwart prägen. Diese Vielfalt an Perspektiven – von der digitalen Sicherheit über militärische Verteidigung und diplomatische Partnerschaften bis hin zum zivilgesellschaftlichen Eintreten für unsere Demokratie – zeigt, wie zerbrechlich der derzeitige Zustand ist.

Europa und Amerika zwischen Kooperation und Konkurrenz

Europa und Amerika stehen dabei in einem Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konkurrenz, zwischen der Bewahrung von Freiheit und der Herausforderung durch autokratische Systeme und hybride Bedrohungen. Die Beiträge machen deutlich, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit mehr ist, sondern heutzutage Strategien auf mehreren Ebenen erforderlich sind.

Katherina Reiche [→ S. 12] mahnt eine wirtschaftliche Erneuerung an: Deutschland stehe im globalen Wettbewerb vor großen Herausforderungen. Als Hauptprobleme identifiziert sie Überregulierung, hohe Energiepreise und geopolitische Spannungen. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und unsere internationale Rolle zu sichern, fordert Reiche in ihrem Essay mehr Risikobereitschaft – auch von Unternehmen –, Bürokratieabbau und den Aufbau resilienter Liefernetzwerke.

Carsten Breuer [→ S. 18] analysiert die militärischen und strategischen Herausforderungen Europas angesichts bestehender und neuer Krisen und Kriege. Er warnt vor Putins neo-imperialistischen Zielen und betont, wie entscheidend glaubwürdige Abschreckung, eine wehrhafte Bundeswehr und gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Europas Sicherheit sind. Breuer liefert somit die sicherheitspolitische Perspektive auf aktuelle Konflikte, insbesondere in Osteuropa. [→ S. 18]

Düzen Tekkal [→ S. 26] spricht im Interview über demokratische und gesellschaftliche Bewährungsproben. Tekkal sieht Gefahren durch den wachsenden Einfluss autoritärer und populistischer Kräfte, die weltweite Zunahme von Extremismus und die Polarisierung durch Desinformation. Sie fordert, politische Kultur und demokratische Werte aktiv gegen diese Bedrohungen zu verteidigen. Ihr Beitrag bereichert die Publikation um eine gesellschaftspolitische Sicht.

Florian Hahn [→ S. 34] hebt die strategische Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für Deutschland hervor und sieht die Notwendigkeit, neue Allianzen zu schmieden und die nächste Generation transatlantischer Akteure zu fördern. Seine außenpolitische Analyse verdeutlicht, dass die enge Zusammenarbeit mit den USA – und zunehmend auch mit Partnern in Lateinamerika – entscheidend für die Stabilität in globalen Krisenzeiten ist.

Claudia Plattner [→ S. 42] rückt zusammen mit Co-Autor Florian Seiller Cybersicherheit und KI in den Mittelpunkt. Die beiden warnen vor steigenden Cyberbedrohungen, betonen aber auch, wie große Chancen entstehen, wenn technologische Innovationen zur Stärkung der digitalen Souveränität Europas genutzt werden. Ihr Beitrag verdeutlicht die Relevanz digitaler Sicherheit im modernen Machtgefüge.

Wie lautet die Quintessenz dieser Betrachtungen?

1. FRIEDEN IST HEUTE EIN VIELSCHICHTIGER ZUSTAND, der über militärische Sicherheit hinaus auch digitale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen umfasst. Die aktive Verteidigung auf all diesen Ebenen ist unerlässlich, um Stabilität zu erhalten.

2. DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT steht vor großen Herausforderungen. Vor dem Hintergrund des globalen Paradigmenwechsels muss Deutschland umdenken: Vom Getriebenen zum Treiber werden – das ist die Mission, auf der wir uns befinden. Die Wende wird nur gelingen, wenn wir die Ambition haben, für unser Land auch mal ins Risiko zu gehen.

3. KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND CYBERSICHERHEIT sind heute zentrale Elemente geopolitischer Machtkämpfe. Europa braucht starke Strategien zur digitalen Souveränität, um den Herausforderungen und Chancen dieser Technologie im globalen Wettbewerb gerecht zu werden.

4. DIE TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT bleibt trotz bestehender Spannungen die tragende Säule der westlichen Sicherheits- und Werteordnung. Ihre Weiterentwicklung und die Einbindung neuer Allianzen sind entscheidend für die globale Stabilität.

5. DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT werden weltweit zunehmend durch Extremismus, Desinformation und Polarisierung infrage gestellt. Der Schutz und die Stärkung demokratischer Werte sind daher essenziell, um demokratische Gesellschaften resilient gegenüber diesen Bedrohungen zu machen.

Meine Damen und Herren, betrachten Sie diese Publikation als Einladung, den komplexen Fragestellungen von Krieg und Frieden in einer sich anbahnenden neuen Weltordnung nachzugehen. Wir wünschen Ihnen dabei wertvolle Erkenntnisse.

Beate Wild
Leiterin Kommunikation der Atlantik-Brücke

12 **Beitrag** / Katherina Reiche



„Wer Risiken scheut, verpasst Chancen“

Globale Machtverhältnisse verschieben sich, geopolitische Spannungen nehmen zu: Deutschland braucht deshalb mehr Risikobereitschaft sowie Bürokratieabbau und eine strategische Diversifizierung von Lieferketten. Deutschland kann seine Rolle als wirtschaftliche und geopolitische Kraft sichern, aber dazu brauchen wir mehr Mut und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, fordert Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche.

Deutschland steht heute an einem entscheidenden Wendepunkt. Über Jahrzehnte hinweg war die Exportstärke das Fundament unseres wirtschaftlichen Erfolgs und hat uns zu einer der führenden Wirtschaftsnationen gemacht, die in Europa eine starke Stimme hatte. Die Fähigkeit, weltweit Waren und Dienstleistungen zu exportieren, war gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Stärke und internationalem Einfluss. Doch die Zeiten, in denen Deutschland automatisch vom globalen Wachstum profitierte, sind vorbei. Die internationale Dynamik hat sich verschoben, andere Länder entwickeln sich schneller, und die Herausforderungen für unsere Wirtschaft sind komplexer und vielschichtiger geworden.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind ebenso vielfältig wie tiefgreifend. Strukturell hat sich in Deutschland ein Regelungsdickicht ausgebreitet, das Unternehmen zunehmend belastet. Die Kosten für Energie sind durch politische Entscheidungen und ideologische Festlegungen gestiegen, und der Sozialstaat wurde immer weiter ausgebaut. Diese Faktoren haben die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geschwächt und die Innovationskraft gebremst.

Hinzu kommt eine kulturelle Komponente: In Deutschland gilt Scheitern oft als Makel, und die Bereitschaft, Risiken einzugehen, ist gering. Gerade in einer Zeit, in der technologische Innovationen immer schneller voranschreiten und neue Geschäftsmodelle entstehen, kann diese Haltung zum Nachteil werden. Wer Risiken scheut, verpasst Chancen – und in einer Welt, die sich immer schneller verändert, ist das ein ernstzunehmendes Problem.

Veränderte außenpolitische Rahmenbedingungen

Auch die außenpolitischen Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert. Handelskonflikte, Zölle und Exportstopps sind Ausdruck einer neuen geoökonomischen Weltordnung, in der wirtschaftliche Verflechtungen zunehmend zum Spielfeld geopolitischer Interessen werden. Die USA und China setzen wirtschaftliche Macht gezielt als politisches Instrument ein, und Deutschland befindet sich im Zentrum eines globalen Spannungsfelds zwischen offenen Märkten und machtpolitischen Interessen.

Die Kräfte, die einst unsere Wirtschaft getragen haben, wirken heute oft gegeneinander und setzen unsere Wettbewerbsfähigkeit unter Druck. Die wirtschaftsliberale Weltordnung, wie wir sie kannten, ist Vergangenheit. Heute sind wirtschaftliche Verflechtungen zum Spannungsfeld geopolitischer Interessen geworden, und Deutschland muss sich in dieser neuen Realität behaupten.

In diesem veränderten Umfeld ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik untrennbar mit einer aktiven und strategischen Außenwirtschaftspolitik verbunden. Es reicht nicht mehr aus, auf offene Märkte und Wachstum zu setzen. Vielmehr müssen wir unsere wirtschaftliche Stärke gezielt einsetzen, um internationale Regeln mitzugestalten und unsere Interessen zu vertreten. Die Stabilisierung der transatlantischen Beziehungen, die Diversifizierung unserer Handels- und Lieferbeziehungen und die Stärkung multilateraler Strukturen wie der Welthandelsorganisation sind zentrale Aufgaben, die entschlossen angegangen werden müssen.

„WIRTSCHAFT IST HEUTE MEHR DENN JE EIN ZENTRALES INSTRUMENT GEOPOLITISCHER GESTALTUNG.“

Den europäischen Binnenmarkt vertiefen

Europa muss wieder wettbewerbsfähiger werden. Das bedeutet, unnötige Bürokratie abzubauen und den europäischen Binnenmarkt zu vertiefen. Nur so können wir die Spannungen im globalen System aushalten und zu unserem Vorteil nutzen. Widerstandsfähigkeit entsteht aus Wettbewerbsfähigkeit, und diese muss wieder zum Leitmotiv europäischer Wirtschaftspolitik werden. Die Europäische Union muss sich wieder stärker darauf besinnen, ein Motor für starken Wettbewerb zu sein und sich nicht länger als regulatorischer Bremsklotz zu verstehen. Initiativen wie der Investitionsbooster und steuerliche Entlastungen sind wichtige Schritte, um die Attraktivität für Direktinvestitionen zu erhöhen und neue Unternehmen anzusiedeln. Die ausländischen Greenfield- und Expansionsinvestitionen in Deutschland sind zuletzt zurückgegangen, und auch die Anzahl

der Ansiedlungsvorhaben ist gesunken. Das zeigt, wie dringend Handlungsbedarf besteht.

Sicherheit muss zu einem leitenden Prinzip werden, insbesondere im Umgang mit China. Die Beziehungen sind komplexer geworden, strukturelle Ungleichgewichte und Abhängigkeiten drohen sich zu verfestigen. China hat den Abbau und die Verarbeitung seltener Erden nahezu monopolisiert und nutzt diese Position gezielt als politisches Instrument. Ein durchdachtes Risikomanagement und die gezielte Reduzierung einseitiger Abhängigkeiten sind daher unerlässlich. Deutschland und Europa müssen ihre Schlüsselbereiche schützen und die Resilienz ihrer Wirtschaft stärken, um in einer zunehmend fragmentierten und regionalisierten Weltordnung bestehen zu können.

Denn die Weltwirtschaft entwickelt sich weg von einer einheitlichen, liberalen Ordnung hin zu einem System konkurrierender geopolitischer Blöcke. Regionale Bündnisse und Einflusszonen gewinnen an Bedeutung, protektionistische Maßnahmen und neue Allianzen prägen die internationale Ordnung. Für Deutschland und Europa bedeutet das, wirtschaftliche Verflechtungen strategisch zu steuern, Abhängigkeiten zu reduzieren und die eigene Resilienz gegenüber externen Schocks zu erhöhen.

Freihandelsabkommen bieten große Chancen

Die Diversifizierung unserer Handels- und Lieferbeziehungen ist ein Schlüssel, um Lieferketten stabil zu halten und neue Märkte zu erschließen. Die Freihandelsagenda der Europäischen Union muss gestärkt werden, und auch die Beziehungen zu Lateinamerika, dem Indopazifik und Afrika bieten große Chancen. Das MERCOSUR-Abkommen und die Freihandelsabkommen mit Mexiko, Indonesien und weiteren Ländern sind wichtige Meilensteine, um neue Absatzmärkte zu erschließen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Gleichzeitig bleibt das multilaterale Handelssystem mit der Welthandelsorganisation ein zentraler Stabilitätsanker, den es zu stärken, aber auch zu reformieren gilt. Die WTO stabilisiert die globale Handelsordnung und schafft Planbarkeit und Sicherheit – Werte, die in einer von Volatilität geprägten Welt besonders wichtig sind.

Die Förderung der Außenwirtschaft und die Entwicklungszusammenarbeit müssen strategischer ausgerichtet werden. Förderprogramme sollten gezielt auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingehen und auch neue Branchen wie die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie einbeziehen. Entwicklungszusammenarbeit muss zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen, etwa durch die Unterstützung großer Infrastrukturprojekte und die Erschließung neuer Rohstoffquellen. Ressortübergreifende Arbeitsgruppen, die sich mit Themen wie Projektvergaben, Rohstoffen und Afrika beschäftigen, sind ein wichtiger Schritt, um die Zusammenarbeit zu intensivieren und Synergien zu nutzen.

Wirtschaft ist heute mehr denn je ein zentrales Instrument geopolitischer Gestaltung. Energie, Infrastruktur, Technologie und Lieferketten sind nicht mehr nur Fragen für Unternehmen, sondern auch für Staaten. Regierungen auf der ganzen Welt sichern nicht mehr nur ihre Grenzen, sondern auch Netz-

werke, Datenströme und Rohstoffquellen. Genau dort entscheidet sich die Weltordnung von morgen, und Deutschland muss bereit sein, seine Interessen aktiv zu vertreten.

„WIR MÜSSEN BEREIT SEIN, ALTE DENKMUSTER ZU HINTERFRAGEN UND NEUE WEGE ZU GEHEN."

Der Staat muss für stabile Rahmenbedingungen sorgen

Die Herausforderungen sind groß, aber sie bieten auch Chancen. Deutschland hat in der Vergangenheit bewiesen, dass es Krisen meistern und sich immer wieder neu erfinden kann. Die Fähigkeit, sich anzupassen, Innovationen voranzutreiben und neue Märkte zu erschließen, ist Teil unserer wirtschaftlichen DNA. Doch dafür müssen wir bereit sein, alte Denkmuster zu hinterfragen und neue Wege zu gehen. Das bedeutet, Mut zu zeigen, Risiken einzugehen und Scheitern als Teil des Innovationsprozesses zu akzeptieren. Nur so können wir die technologische Transformation meistern und unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.

Die Rolle des Staates ist dabei klar: Er muss für stabile Rahmenbedingungen sorgen, die Unternehmen Planungssicherheit und Investitionsanreize bieten, und darf dabei die Wirtschaft nicht durch übermäßige Regulierung lähmen. Politik muss den Mut haben, Reformen konsequent umzusetzen, um Deutschland zukunftssicher aufzustellen. Dabei dürfen Debatten über Lebensarbeitszeit, Sozialversicherung, Bürokratie und Wehrfähigkeit nicht gescheut werden.

Die Kontrolle über Geld- und Warenströme, über Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien wird zum zentralen Hebel der Macht. Unternehmen sind dabei nicht mehr nur Objekte staatlicher Politik, sondern selbst zentrale Akteure im globalen Wettbewerb um Ressourcen und Einfluss. Sie müssen ihre Geschäftsmodelle an die neuen Realitäten anpassen, Innovationen vorantreiben und internationale Partnerschaften suchen. Die Digitalisierung und die Globalisierung bieten enorme Chancen, erfordern aber auch Flexibilität und Veränderungsbereitschaft.

Deutschland muss sich als starke, resiliente und innovative Wirtschaftsmacht behaupten. Das erfordert Mut, Entschlossenheit und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Nur wenn wir unsere wirtschaftliche Stärke bewahren und weiterentwickeln, können wir auch in der neuen Weltordnung Einfluss nehmen und unsere Interessen vertreten. Die Welt da draußen wird besser, wenn Deutschland Einfluss in ihr hat. Unsere wirtschaftliche Stärke wird auch in Zukunft die Grundlage dafür sein.

18

Beitrag / Carsten Breuer


KFOR
BREUER

„Die aktuelle Bedrohungslage ist eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung“

Wir befinden uns an der Schwelle zu einer neuen Weltordnung. Mehr als 30 Jahre haben wir in Europa im Frieden gelebt. Das ist vorbei. Wenn der Westen es nicht schafft, unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen, werden wir zum Spielball der Autokraten, warnt Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr.

Internationale Konflikte und ihre Auswirkungen rücken mit zunehmender Wucht in unser Bewusstsein. Sie werden zu Gesprächsthemen nicht nur in Nachrichtensendungen, Talkshows und Umfragen, sondern auch am heimischen Küchentisch. Die Verteidigung unserer Sicherheit ist aber schon lange keine abstrakte Aufgabe mehr – sie ist eine konkrete Notwendigkeit. Das zeigt sich vor allem mit Blick auf die Ukraine. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg dauert seit fast vier Jahren an. Es ist vor allem ein Abnutzungskrieg. Wir sehen High-Tech-Drohnen im Grabenkampf, archaische Gewalt bei Kriegsverbrechen in Butscha und Gefechte bis zum bitteren Ende in Bachmut. Putins neo-imperialistische Ambitionen haben bereits Hunderttausenden Menschen das Leben gekostet. Und kein Ende ist in Sicht.

Russland hat schon vor geraumer Zeit systematisch auf Kriegswirtschaft umgestellt. Mittlerweile gibt es für sein Militär mehr aus als für alle anderen Politikfelder. Waffen und Munition werden auf Hochtouren produziert oder aus alten Depotbeständen rustikal ertüchtigt. Und nicht alles geht direkt an die Front, sondern auch in neue militärische Verbände, die gerade entlang der gesamten NATO-Ostflanke aufgestellt werden. Auch personell bereitet sich Putin auf weitere Auseinandersetzungen vor: Bis Ende 2026 sollen die russischen Streitkräfte noch einmal deutlich wachsen, auf dann rund 1,5 Millionen Soldaten. Das sind doppelt so viele wie vor dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022.

Militärischen Analysen zufolge könnte Russland bereits in wenigen Jahren in der Lage sein, NATO-Territorium großmaßstäblich anzugreifen. Nicht unbedingt als Eroberungsfeldzug, sondern auch als verstärkte Provokation unmittelbar an der Schwelle zu einem offenen Krieg, um auf diese Weise das westliche Bündnissystem zu desavouieren, das Schutzversprechen der NATO zu untergraben und den eigenen Einflussbereich in Osteuropa auszuweiten. Das ist keine Vorhersage, aber eine plausible Möglichkeit. Wir müssen die Absichten und Ziele ernst nehmen, die hinter dieser massiven Hochrüstung stecken. Putin geht es nicht darum, sein Riesenreich um ein paar Quadratkilometer zu erweitern. Er will eine neue Weltordnung, und er will sie mit dem Mittel der Gewalt erreichen.

2029 betrachten Analysten als möglichen „Kulminationspunkt", doch die Bedrohung ist schon heute real. Putin sieht sich längst in einem „(Schatten-)krieg" gegen den Westen. Das belegt die steigende Zahl hybrider Angriffe, denen ganz Europa ausgesetzt ist. Auch in Deutschland beobachten wir eine große Bandbreite systematischer Attacken im Graubereich zwischen Frieden und Krieg: Cyber-Angriffe auf kritische Infrastruktur, gekappte Datenkabel in der Ostsee, Planungen von Sabotage, drohnengestützte Spionage, Desinformationskampagnen in sozialen Medien, bis hin zu vereitelten Anschlagsplänen. All diese „Nadelstiche" sollen das Vertrauen in unseren Staat erschüttern. Sie zielen darauf, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft(en) zu untergraben. Deutschland steht dabei besonders im Fokus – als wichtigster Unterstützer der Ukraine in Europa und als Drehscheibe für die Alliierten beim Verlegen an die NATO-Ostflanke. Die hybriden Angriffe treffen uns – bewusst skaliert und skalierbar – an der Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit, gezielt auf der Nahtstelle unterschiedlicher Zuständigkeiten. Und es ist entscheidend, an diesem Einfallstor koordiniert zu agieren. Das gilt national wie international.

Das Machtstreben Russlands bleibt absehbar die größte, weil unmittelbare Bedrohung für den euro-atlantischen Raum. Es ist aber bei Weitem nicht die einzige. Rings um den Erdball erfordern weitere Krisenherde unsere Wachsamkeit. Der Konflikt im Nahen und Mittleren Osten – oder besser: die Konflikte – halten uns weiter in Atem und erfordern unser Handeln. Krisen überlappen sich, gehen ineinander über und verstärken sich gegenseitig. Und jeder Konflikt hat das Potenzial, global zu wirken. Das sehen wir zum Beispiel mit Blick auf Nordkorea, das Russland im Krieg gegen die Ukraine mit Soldaten und Waffen unter-

„DAS MACHTSTREBEN RUSSLANDS BLEIBT ABSEHBAR DIE GRÖSSTE, WEIL UNMITTELBARE BEDROHUNG FÜR DEN EURO-ATLANTISCHEN RAUM."

stützt. Auf dem Rückweg fließen dann nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch militärisches Know-how und vor allem Waffenteile, darunter solche für Trägerraketen, die nuklear bestückt werden können. Tausende nordkoreanische Soldaten kämpfen mit gegen die Ukraine – und sterben für Russland. Die Verluste sind immens, aber auf diese Weise sammeln nordkoreanische Soldaten Kampferfahrung. Die Feuertaufe gegen die Ukraine erhöht den Kampfwert der gesamten nordkoreanischen Streitkräfte. Klar ist schon jetzt: Die Destabilisierung erfolgt durch solche Wechselwirkungen nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien.

An dieser vielfältigen Verflechtung wird deutlich: Wir müssen all diese scheinbar getrennten Krisen und Kriegsschauplätze dieser Welt als Ganzes betrachten, aus einer 360-Grad-Perspektive. Wir müssen die Abhängigkeiten, Wechselwirkungen und Zusammenhänge erkennen und diskutieren, auf allen unterschiedlichen Handlungsebenen. Militärisch ausgedrückt: Wir müssen das strategische Lagebild konsolidieren, die nötigen Schlüsse ziehen – in der nötigen Geschwindigkeit. Und die ist derzeit ziemlich hoch.

„WIR MÜSSEN ALL DIE SCHEINBAR GETRENNTEN KRISEN UND KRIEGSSCHAUPLÄTZE DIESER WELT ALS GANZES BETRACHTEN“

Wir befinden uns an der Schwelle zu einer neuen Weltordnung. In dieser Phase des Umbruchs trägt der Westen, tragen *wir* die Verantwortung, unsere freiheitlichen Werte mit Entschlossenheit zu verteidigen. Unterbleibt dieses Engagement, riskieren wir, zum Spielball der Autokraten zu werden. Dabei geht es nicht allein um moralische Verpflichtung, sondern um ein fundamentales realpolitisches Eigeninteresse. Eine Welt, in der nicht mehr die Stärke des Rechts regiert, sondern das Recht des Stärkeren, können und dürfen wir nicht hinnehmen. Und die Welt schrumpft mit Blick auf die globalen Herausforderungen: Krisen und damit auch mögliche Lösungen rücken immer näher zusammen. Das fordert uns in einem Maße heraus, wie wir es uns bisher nicht vorstellen konnten. Und es wird nicht einfacher werden. Deswegen ist Einsatzbereitschaft – Readiness – heute nicht nur unsere, sondern *die* Währung in der gesamten NATO.

Mehr als 30 Jahre haben wir in Europa im Frieden gelebt. Das ist vorbei. Und es ist schwer, sich daran zu gewöhnen. Aber wir haben keine Wahl. Glaubwürdige Abschreckung ist unser „Best-Case“-Szenario. Beim NATO-Gipfel in Den Haag im Juni 2025 haben sich alle 32 Alliierten darauf geeinigt, wie

und womit sie sich in Zukunft militärisch aufstellen wollen. Sie haben verbindlich festgelegt, wer an welchen Stellen Verantwortung übernimmt. Deutschland stellt nach den USA das zweitgrößte sogenannte Fähigkeitspaket. Wir sind auf dem Weg, der Motor der Verteidigung Europas zu werden. Das bedeutet etwa, dass wir neue Kampftruppenverbände aufstellen werden; dass wir die industrielle Basis verbreitern müssen; dass wir unsere multinationalen Kooperationen stärken. Schließlich bedeutet es auch, dass wir künftig 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung sowie 1,5 Prozent für militärische Infrastruktur ausgeben müssen.

Mit Hilfe des Sondervermögens haben wir viele Dinge bereits auf den Weg gebracht: Wir haben Panzer bestellt, Schiffe, Flugzeuge, Drohnen. In diesem und im nächsten Jahr erwarten wir die wesentlichen Zuläufe; Rüstungsgüter liegen leider nicht im Regal im Baumarkt um die Ecke. Mit der Grundgesetzänderung, die Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP aus der Schuldenbremse ausklammert, haben wir nun einen weiteren großen Schritt gemacht, um die gewachsene Bandbreite an Aufträgen schultern zu können. Wir haben Sicherheit vor die Klammer gezogen. Wir haben jetzt kein zeitlich begrenztes Sondervermögen mehr, sondern ein ungedeckeltes Budget. Ungedeckelt bedeutet jedoch nicht grenzenlos. Wir müssen mehr als je zuvor jeden einzelnen Cent gegenüber dem Parlament rechtfertigen. Das können wir. Und das werden wir. Wir haben bereits priorisiert, welche Fähigkeiten die Bundeswehr jetzt am dringendsten braucht. Das sind unter anderem Systeme zur Luftverteidigung sowie Munition und Mittel zum elektronischen Kampf. Wichtig ist, dass nicht nur die Bundeswehr jetzt Planungssicherheit hat, sondern auch die Industrie und Start-ups, die ihre Kapazitäten erst einmal hochfahren müssen.

Ebenso wichtig ist es, schon jetzt den Blick weit über 2029 hinaus zu werfen, auf die Kriegführung der Zukunft. Deswegen müssen wir in mindestens zwei Kategorien denken und planen: Kurzfristig, bis 2029, geht es vorrangig um Einsatzbereitschaft. Und langfristig, weit über 2029 hinaus, geht es um Vorausschau, um Flexibilität, um das Schritthalten mit disruptiven Entwicklungen. Denn wir haben plötzlich neue technische Möglichkeiten, die die eingefahrenen Wege von Technik-Entwicklung und militärischer Strategie verändern. Früher war das Militär Treiber von technologischen Entwicklungen – heute ist es genau anders herum: Technischer Fortschritt erzeugt strategische Herausforderungen. Das wird langfristig auch die Entwicklung unserer Doktrin beeinflussen und dazu führen, dass wir Krieg anders denken müssen, bis auf das Gefechtsfeld.

Der Innovationszyklus für Drohnen in der Ukraine zum Beispiel beträgt etwa zwei Wochen. Ähnlich agil müssen wir schon in Friedenszeiten sein – ohne dass es uns ein Krieg vorgibt. Die Bedrohungen auf dem Schlachtfeld zwingen Streitkräfte zur ständigen Anpassung. Deshalb müssen wir auch in der Rüstungsbeschaffung flexibler, agiler und als Folge daraus schneller werden. Wo immer nötig, müssen wir auch neue Wege beschreiten.

Wir müssen uns fragen: Wohin schauen wir heute nicht – was wissen wir noch nicht, was können wir heute noch nicht fassen? Aber auch: Wie stellen wir sicher, dass die Bundeswehr zum einen Technologietreiber wird und gleich-

zeitig schnell und verlässlich neue Technologien aufnehmen kann? Kooperationsmöglichkeiten gibt es etwa bei der Digitalisierung und Flexibilisierung von Verteidigungssystemen durch softwarebasierte Steuerung, bei Software Defined Defence. Auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Analyse von Daten oder zur Unterstützung militärischer Entscheidungen ist ein Feld, auf dem Streitkräfte auf Forschung und Entwicklung in Wirtschaft und Industrie angewiesen sind. Deshalb muss es einen engen Schulterschluss zwischen Wirtschaft und militärischer Strategieentwicklung geben.

„DIE VERANTWORTUNG FÜR UNSERE SICHERHEIT UND FREIHEIT KANN NICHT ALLEIN AUF UNIFORMIERTEN SCHULTERN LIEGEN. DAS IST EINE AUFGABE FÜR DIE GESAMTE GESELLSCHAFT.“

Klar ist, der aktuellen Bedrohungslage können wir nur mit einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung begegnen, mit vereinten Kräften, staatlichen und privaten. Streitkräfte können immer nur so stark sein, wie es die Rüstungsindustrie ist, die hinter ihnen steht. Hier geht es nicht nur um die Fähigkeit zur Innovation, sondern auch um die Bereitschaft, Risiken zu tragen – für ein höheres Gut. Soldatinnen und Soldaten werden dafür ausgebildet, dass sie Risiken eingehen. Sie müssen kämpfen können und gewinnen können. Weil sie gewinnen müssen. Das gilt nicht nur für Soldaten.

Die NATO hat derzeit rund 500.000 Frauen und Männer in hoher Bereitschaft. Für mich aber ist genauso klar: Die Verantwortung für unsere Sicherheit und Freiheit kann nicht allein auf uniformierten Schultern liegen. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Nur gemeinsam können wir unser Land verteidigen, nur gemeinsam können wir abschrecken. Wir müssen ganzheitlich denken und handeln, schon jetzt, in Friedenszeiten. Wir müssen uns enger und stärker verzahnen. Das schafft die Basis für Resilienz. Eine kriegstüchtige Bundeswehr ist dabei nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite brauchen wir ebenso resiliente zivile Strukturen, sprich: eine wehrhafte

Gesellschaft. Beide zusammen schaffen die Grundvoraussetzungen glaubwürdiger Abschreckung.

Wir Soldaten sind vielleicht diejenigen, die Gefechte gewinnen – aber modernen Kriegen muss man *durch* eine und *mit* einer Gesellschaft begegnen. Die Wirtschaft hat daran einen großen Anteil. Je besser und schneller wir unsere Streitkräfte ausrüsten können, umso besser werden wir abschrecken können. Und wir müssen abschrecken. Je glaubwürdiger wir abschrecken, desto größer sind unsere Chancen, die Freiheit zu schützen, die uns so lieb und teuer ist. Umso höher sind die Chancen, dass wir auch in Zukunft so leben können, wie wir jetzt leben – und dass wir Krieg in Europa verhindern. Diese Kraftanstrengung gelingt uns nur gemeinsam – getragen von der Gewissheit, dass ein Leben in Freiheit und Sicherheit dies wert ist.

26

Interview / Düzen Tekkal



„Die Demokratie kämpft ums Überleben“

Unsere Weltordnung steht vor tiefgreifenden Umbrüchen. Demokratie, Frieden und Rechtsstaatlichkeit seien vielerorts in Gefahr, warnt die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Düzen Tekkal. Im Interview spricht sie über wachsende Identitätskonflikte sowie den Aufstieg von Extremismus und Populismus weltweit. Tekkal mahnt zur aktiven Verteidigung der Demokratie, betont die Bedeutung einer strategischen Autonomie Europas und kritisiert die Rolle verschiedener Akteure im Nahostkonflikt.

ATLANTIK-BRÜCKE **Frau Tekkal, blicken wir auf die aktuellen globalen Konflikte: Erleben wir derzeit eine Weltordnung im Umbruch?**

DÜZEN TEKKAL Ganz klar, wir erleben eine echte Zeitenwende, wenn ich das Wort nochmal bemühen darf. Die These von Francis Fukuyama, dass sich am Ende der Geschichte liberale Demokratien überall durchsetzen würden, hat sich nicht bewahrheitet – im Gegenteil. Das westliche Zeitalter ist vorbei. Wir sehen den Übergang von einem blockbasierten System hin zu einem System von Einzelstaaten, die sich zunehmend individuell positionieren. Die internationale Architektur, die wir kannten, existiert so nicht mehr. Staaten agieren heute zunehmend „à la carte“ und die Weltpolitik ist komplexer denn je. Die maßgebliche Aufgabe ist jetzt, Ordnung zu schaffen – im Denken, Fühlen und Handeln, insbesondere für die liberalen westlichen Demokratien.

Bringt eine „neue Weltordnung" mehr Chancen auf Frieden oder eher neue Risiken für Konflikte?

Es gibt derzeit ausgeprägte Identitätskrisen, egal wohin man blickt. Wir sind wieder mitten im „Kampf der Kulturen" und in Identitätskonflikten. Das, was Samuel P. Huntington damals als offenen Streit der Kulturen beschrieben hat, müssen wir heute als Realität anerkennen. Konflikte entstehen, indem Kriegsführer Identitäten, Ethnien und Religionen gezielt instrumentalisieren. Das Glaubwürdigkeitsproblem des Westens ist evident – zu oft wurden Werte propagiert, aber nur eigene Interessen verfolgt. Das zeigt sich beispielsweise in den Konflikten rund um die Ukraine, Israel, Gaza. Weltweit agieren Extremisten stärker denn je. Frieden ist keine Selbstverständlichkeit; er muss aktiv verteidigt werden, was wir in Europa lange ignoriert haben.

Es steht viel auf dem Spiel – unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind bedroht. Die Demokratie erlebt eine beispiellose Anfeindung und Fragmentierung. Werte wie selbstkritisches Handeln und Diskursbereitschaft geraten in den Hintergrund. Die gesellschaftliche Polarisierung nimmt durch Phänomene wie Cancel Culture weiter zu.

Wo zeigt sich, dass die Demokratie ums Überleben kämpft?

Ganz besonders deutlich wird dies in den USA, wo die Rule of Law Stück für Stück ausgehebelt wird. Donald Trump regiert immer mehr wie jemand, der über den Ausnahmezustand gebietet: mit dem Einsatz der Nationalgarde in Großstädten und dem rabiaten Einsatz der Migrationsbehörde ICE – die bereits dazu geführt haben, dass amerikanische Staatsbürger deportiert wurden. Seine Politik spaltet das Land und vergiftet das gesellschaftliche Klima. Extreme politische Ansichten werden salonfähig, schaukeln sich gegenseitig hoch – auch durch politische Attentate, die im Diskurs zunehmend und erschreckenderweise normalisiert werden. Für einige politische Beobachter stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Vereinigten Staaten auf dem Weg in den Faschismus sind: Sie sind es schon. Auch wir in Europa müssen auf der Hut sein und uns gegen Desinformationskampagnen, das Aushöhlen demokratischer Institutionen und politisch motivierte Gewalt stemmen.

Rechtspopulistische Parteien haben weltweit Zulauf. Müssen wir uns um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ernsthaft Sorgen machen?

Rechtspopulisten stellen eine zentrale Gefahr dar – die AfD zeigt, wie extreme Positionen den parlamentarischen Raum erobern. Aber Extremismus ist nicht ausschließlich rechts verortet; auch Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus sind ernstzunehmende Bedrohungen. Meine Empfindung ist, dass Demokraten oft zu früh aufgeben. Es ist erschreckend zu sehen, wie jetzt viele aus der politischen Mitte glauben, dass sie profitieren, wenn sie die Politik und Rhetorik der AfD übernehmen. Die Polit-Barometer zeigen aber, dass sie nicht dafür belohnt werden, dass sie die „Brandmauer" in Teilen eingerissen haben. Es steht zu befürchten, dass in den Kommunal- und Landtagswahlen im kommenden Jahr das Original gewählt wird.

Die Ursachen für den Rechtsruck liegen aber auch beim politischen Establishment: Viele Menschen sind tatsächlich abgehängt, was sich in den Wahlerfolgen radikaler Parteien wie AfD und BSW widerspiegelt – das ist im Übrigen nicht nur hier bei uns so, das können wir auch in Amerika beobachten. Wir müssen deshalb die Debattenräume zurückerobern und stärker für unsere Werte eintreten. Im Moment beobachte ich eine große Schweigespirale: Die Menschen sind nicht mehr bereit, etwas zu riskieren, weil sie mit ihrer antifaschistischen Haltung sofort angefeindet werden. Dieses Phänomen ist besonders auf Plattformen wie TikTok zu beobachten, wo die AfD und auch Islamisten den Diskurs an sich reißen und dort gezielt ihre Inhalte verbreiten. Die Algorithmen fördern die Polarisierung und führen zu einer gefährlichen Desinformation in Teilen der Gesellschaft.

Ist Social Media ein Verstärker dieser Entwicklungen?

Social Media wirkt wie ein gesellschaftliches Brennglas. Die Dynamiken der Algorithmen entziehen sich oft jeder Kontrolle. Tech-Unternehmen nehmen ihre Verantwortung nicht ausreichend wahr, was dazu führt, dass Hass und Drohungen oft ungeahndet bleiben. In meinen Augen haben wir eine Krise der Demokratie.

Wie können wir unsere Demokratie retten?

Nun geht es darum, dass wir diese Demokratie, für die es sich immer zu streiten lohnt, wieder mit Leben füllen. Das müssen wir online und offline machen und das heißt auch, dass wir ein demokratisches Ökosystem brauchen. Wir brauchen zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch Unternehmen und Organisationen wie die Atlantik-Brücke, die sich motiviert und mutig in den Diskurs stürzen. Denn die Politik hat offenbar im Moment noch nicht erkannt, dass sie den Menschen eine Idee vermitteln muss, was Deutschland ist. Wir dürfen die Erzählung über Deutschland nicht den Falschen überlassen.

Welche Rolle spielen die USA in der neuen Weltordnung?

Die USA sind derzeit von starker gesellschaftlicher Spaltung geprägt und wenden sich zum Teil ab vom internationalen Führungsanspruch. Die transatlantischen Beziehungen sind so herausgefordert wie selten zuvor. Die Polarisierung und populistische Tendenzen, insbesondere unter Donald Trump, greifen demokratische Grundwerte frontal an. Europa wird in der US-Politik zunehmend als Gegner gesehen.

In Europa ist in jüngster Zeit oft von strategischer Autonomie die Rede. Halten Sie das für eine realistische Option oder bleibt der Kontinent auf die USA angewiesen?

Europa ist wichtiger denn je als Sehnsuchtsort für jene, die Freiheit und Demokratie verteidigen. Strategische Autonomie ist deshalb unverzichtbar, und der „European Dream“ muss aktiv vorangetrieben werden. Es ist ohne Frage, dass Europas Verteidigungsfähigkeit und Diskursfähigkeit entscheidend sind für

unsere Zukunft, das muss auch bei den friedensverwöhnten Europäern endlich ankommen. Wir müssen glaubhaft vermitteln, dass Freiheit und Frieden sinnstiftend und lebensstiftend sind, und eben deshalb auch verteidigungswürdig.

Viele europäische Staaten führen wieder Grenzkontrollen ein. Sind dies Anzeichen für eine Auflösung der EU?

Das sind durchaus besorgniserregende Signale. Die Ursachen liegen jedoch häufig im Inneren und nicht nur im Druck von außen. Die mangelnde Integration und Vermittlung demokratischer Werte sind ein zentrales Problem.

Blicken wir auf den Nahen Osten: Welche langfristigen Folgen haben Israels militärische Aktionen für die Region?

Am Beispiel Naher Osten sieht man gut, dass Konflikte nicht nur regional stattfinden, sondern sich längst globalisiert haben. Die dort getroffenen Entscheidungen haben weitreichende Folgen – gerade weil das Thema geradezu sozialer Sprengstoff ist. Wir sehen ein gravierendes Anschwellen von Antisemitismus weltweit – aber auch eine Ent-Solidarisierung mit und Dehumanisierung von Palästinensern. Wir dürfen den Diskurs nicht den Extremisten überlassen, die versuchen, mit dem Thema aufzuwiegeln. Vielen geht es dabei nicht um Gaza – sonst würden sie auch die Rolle der Hamas beleuchten oder die Stimmen von Palästinensern unterstützen, die sich gegen die Hamas wenden und eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts suchen. Auf der Gegenseite wird der Regierung Netanjahu geradezu ein Persilschein ausgestellt. Selbstverständlich müssen wir alles unternehmen, dass es eine lebenswerte Zukunft für die Palästinenser in Israel-Palästina geben kann.

Sie sind gerade aus Syrien zurückgekommen. Die neue syrische Übergangsregierung unter Präsident Ahmad Al-Sharaa versucht seit dem Sturz Assads die Kontrolle über das Land zu festigen, sieht sich aber mit zahlreichen Milizen, religiösen Gruppen und internationalen Akteuren konfrontiert. Wo sehen Sie Chancen für eine nachhaltige Lösung in Syrien?

Als ich jetzt kürzlich in Syrien war, habe ich eine Mischung erlebt zwischen Aufbruchsstimmung und Angst. Der Easy Way Out seitens der Amerikaner ist im besten Fall naiv. Man kann nicht unterschlagen und vergessen, wo Al-Sharaa herkommt. Und dass man gleichermaßen Islamist, Dschihadist und Staatsmann sein kann, zeigt ja sein Beispiel. Es wird uns bitterböse vor die Füße fallen, wenn wir jetzt nicht realistisch auf Syrien blicken und weiterhin wegguckten, wenn Minderheiten bedroht sind. Es muss doch in unser aller Interesse sein, dass das Syrien der Zukunft eines ist, in dem alle Menschen vertreten sind – egal ob Drusen, Christen, Kurden, Alawiten oder Jesiden. Aus meiner Sicht ist der Fehler, dass der Westen sich seine Ansprechpartner nicht richtig aussucht. Die in Syrien begangenen Massaker, die jetzt auch von der UN bestätigt wurden, sorgen auch dafür, dass Fluchtbewegungen entstehen. Und wo sollen die Minderheiten hingehen, wenn die sich in Syrien nicht mehr sicher fühlen?

Iran bleibt ein Schlüsselfaktor in der Region. Wie wird sich das Machtgefüge zwischen Iran, den Golfstaaten und dem Westen in den kommenden Jahren entwickeln?

Das ist natürlich die Gretchenfrage, denn der Iran bleibt ein zentraler Akteur mit aggressiver Politik, insbesondere gegenüber Israel. Die Menschenrechtslage im Iran ist unverändert angespannt, wie die fortlaufenden Proteste der Frau-Leben-Freiheit-Bewegung aber auch Streiks wegen der Versorgungskrisen im Land belegen. Die Islamischen Revolutionsgarden sollten – auch aus Sicht vieler Menschenrechtsorganisationen – endlich auf die EU-Terrorliste gesetzt werden. Und was das Atomprogramm angeht: Wenn man so tut, als könne man mit dem islamistischen Regime Realpolitik betreiben, ist das aus meiner Sicht naiv. Mit Blick auf die Golfstaaten bleibt abzuwarten, wie sich diese in Zukunft angesichts des Nahostkonflikts verhalten werden. Einen Teil-Erfolg haben die Hamas und die Islamische Republik insofern erzielt, als die Gespräche rund um die Abraham-Accords ins Stocken geraten sind und Normalisierungsbestrebungen in der arabischen Bevölkerung in der Region im Zuge des Gaza-Krieges an Zustimmung verloren haben dürften – auch weil die israelische Regierung Schritte unternimmt, die eine Zweistaatenlösung des Palästina-Konflikts untergraben.

Welche Rolle spielt die Türkei in der neuen Weltordnung?

Die Türkei agiert strategisch und nutzt ihre Position aus. Präsident Erdoğan wird dabei zunehmend zur Gallionsfigur für Teile der islamischen Welt. Doch auch hier spielen opportunistische Interessen eine Rolle: Die Türkei unter Präsident Erdoğan soll als Verbündeter bei der Flüchtlingsabwehr fungieren. Zugleich führt ein NATO-Partner weiterhin schwere militärische Angriffe in kurdischen Gebieten, insbesondere in Nordostsyrien, bei denen Dörfer bombardiert werden und zahlreiche zivile Einrichtungen zerstört wurden. Warum wird diese Realität in politischen Debatten kaum thematisiert, und weshalb fordert kaum jemand ein Ende der Waffenlieferungen an die Türkei?

Viele Menschen haben Angst vor Russland. Halten Sie die Angst für berechtigt?

Selbstverständlich. Es muss inzwischen jedem klar sein, dass die Ukraine die Verteidigungslinie für ganz Europa ist. Die Ukraine verteidigt nicht nur sich, sondern uns alle. Und deshalb ist es unerträglich, dass teilweise jetzt eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben wird. Festzuhalten ist, dass die Politik vom Wandel durch Handel mit Russland gescheitert ist. Dass Parteien wie die AfD und das BSW gewählt werden, obwohl sie wiederholt Positionen vertreten, die Putins Propaganda entsprechen und seine Argumente übernehmen, ist ein deutliches Zeichen für die zunehmende Polarisierung und Vergiftung unserer Gesellschaft.

Welche Rolle spielt China?

Chinas Einfluss wächst immens, insbesondere im technologischen Bereich und verdeckt auch in politischen Fragen. Die Kontrolle von Informationen und Algorithmen etwa durch TikTok zeigt, wie weitgehend China die globale Agenda beeinflusst.

Frau Tekkal, Sie sprechen oft davon, dass man Zivilcourage global denken soll. Was bedeutet das konkret in Zeiten, in denen sich eben die Weltordnung verschiebt und viele Menschen das Gefühl von Ohnmacht verspüren?

Ich glaube, dass wir uns diese Ohnmacht und diesen Weltschmerz in Europa gerade nicht leisten können. Ich treffe regelmäßig Menschen in Kriegsgebieten, ob im Irak, in Kurdistan oder in Syrien, die viel mehr zu verlieren haben und trotzdem alles riskieren. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen. Wir leben in einem Land mit Recht auf freie Meinungsäußerung, warum nehmen wir so wenig Stellung, obwohl wir das dürften? Zivilcourage ist heute wichtiger denn je.

Was gibt Ihnen Hoffnung?

Trotz aller Herausforderungen wächst immer wieder Menschlichkeit selbst in den schwierigsten Regionen der Welt. Dies ist die Kraft, aus der sich Lebensmut und Hoffnung für die Zukunft speisen.

Was wünschen Sie sich von der Bundesregierung?

Mut, Realitätssinn und einen kompromisslosen Einsatz gegen Rassismus, religiösen Extremismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit.

Herzlichen Dank für das Gespräch, Frau Tekkal.

Das Interview führte **Beate Wild**,
Leiterin Kommunikation der Atlantik-Brücke.

34

Beitrag / Florian Hahn



„Wir müssen die nächste Generation von Transatlantikern erreichen“

Die aktuellen Entwicklungen der transatlantischen Beziehungen beinhalten eine wichtige Lehre für die deutsche Außenpolitik. In einer Zeit globaler Umwälzungen und geopolitischer Unsicherheiten setzt sich die Bundesregierung entschlossen dafür ein, das Bündnis mit den USA zu stärken, erwägt aber gleichzeitig neue Partnerschaften – etwa mit Ländern Lateinamerikas. Unser Ziel muss es sein, die nächste Generation von Transatlantikern zu erreichen – für dauerhafte Sicherheit, lebendige Freiheit und nachhaltigen Wohlstand, sagt Staatsminister (AA) Florian Hahn.

Die USA sind und bleiben unser wichtigster Verbündeter und Partner außerhalb von Europa. Das gilt gerade mit Blick auf die globalen Herausforderungen und zahlreichen Konflikte, allen voran den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Lage im Nahen Osten, und in besonderem Maße für die Wahrung unserer Sicherheit, unserer Freiheit und unseres Wohlstands.

Bei allen Verstimmungen, allen Widersprüchen ist das transatlantische Verhältnis eine tragende Säule der Außenpolitik der Bundesregierung, das transatlantische Bündnis Garant unserer Sicherheit. Dies gilt unverändert fort, unbeschadet der zum Teil kritischen Wahrnehmungen auch im öffentlichen Raum – etwa nach der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten J. D. Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2025, mit Blick auf die US-Zollpolitik sowie Diskussionen zur künftigen Ausrichtung der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Durch intensive Besuchsdiplomatie hat die Bundesregierung dies nach Amtsantritt auch gegenüber den USA nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unterlegt. Mit Erfolg, wie die guten Kontakte zwischen dem Bundeskanzler und dem Außenminister mit ihren US-Counterparts verdeutlichen. In der NATO haben wir gemeinsam mit der US-Regierung und den Alliierten auf den Gipfel in Den Haag hingearbeitet und diesen als Allianz, als 32 Alliierte, zum Erfolg geführt, mit einem klaren Bekenntnis zur fortgesetzten kollektiven Verteidigung und zu Artikel 5 sowie der Einigung auf deutlich höhere Investitionen in unsere Abschreckung und Verteidigung, die angesichts der langfristigen Bedrohung durch Russland entscheidend sind für die euro-atlantische Sicherheit – unsere Sicherheit als Bundesrepublik Deutschland.

Sicherheit

Die russischen Luftraumverletzungen im NATO-Bündnisgebiet im September dieses Jahres, ob mit Drohnen über Polen und Rumänien oder Kampfjets über Estland, führen uns vor Augen, wie angespannt die aktuelle Situation ist. In dieser kritischen Lage kann die Bedeutung des transatlantischen Bündnisses – der wichtigsten und erfolgreichsten Verteidigungsallianz überhaupt – nicht groß genug eingeschätzt werden. Das gilt in besonderem Maße für Deutschland: Etwa 37.000 amerikanische Soldaten sind hier stationiert, zentrale militärische Einrichtungen und Infrastruktur der US-Streitkräfte befinden sich hier. Umso wichtiger ist es, dass wir – im Verbund mit unseren Alliierten und unseren europäischen Partnern – selbst mehr für unsere Sicherheit tun und Verantwortung übernehmen.

Die Bundesregierung hat mit der Reform der Schuldenbremse einen entscheidenden Schritt getan, um in unsere eigene Verteidigungsfähigkeit zu investieren. Wie unsere NATO-Alliierten werden wir bis 2035 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – 3,5 Prozent für Verteidigungsausgaben und 1,5 Prozent für sicherheits- und verteidigungsbezogene Aufgaben – aufwenden. Im europäischen Rahmen haben wir ein Instrument geschaffen, das europäische Mitgliedsstaaten dabei unterstützt, in ihre Verteidigungsindustrie und damit auch Verteidigungsfähigkeit zu investieren. Beides ist ein Erfolg entschlossener deutscher Diplomatie, aus dem neue Kooperationsmöglichkeiten entstehen – auch mit den USA. Diese Entschlossenheit der Bundesregierung, mehr für die eigene und europäische Sicherheit zu investieren und den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken, wird auch durch die US-Regierung positiv anerkannt.

Russlands Angriffskrieg in der Ukraine, seine militärische Aufrüstung und seine revisionistischen Ziele auch über die Ukraine hinaus sind die größte Bedrohung unserer Sicherheit. Allen Vermittlungsbemühungen des US-Präsidenten zum Trotz zeigt Putin bisher keinerlei ernsthafte Verhandlungsbereitschaft. Ein Waffenstillstand oder gar ein Ende des Krieges sind nicht absehbar. Für uns ist klar: Ohne die USA geht es nicht. Deshalb ist ein entschlossenes und nachhaltiges Engagement der USA – sei es durch die Unterstützung der Ukraine mit US-Waffensystemen und durch das Teilen nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, sei es durch die Koordinierung von Sanktionen und anderen

Druckmaßnahmen innerhalb der G7 – ein umso wichtigeres Signal an Russland. Gleichzeitig müssen wir als Europäer im Rahmen unserer Möglichkeiten noch mehr tun, um die Ukraine zu unterstützen. Deutschland hat seit 2022 bereits bilaterale militärische Unterstützung von 40 Milliarden Euro geleistet beziehungsweise für kommende Jahre bereitgestellt. Mit der Unterstützung für die Finanzierung von US-Waffenlieferungen über einen neu eingerichteten NATO-Mechanismus in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro und den Vorschlägen des Bundeskanzlers für eine rechtssichere Nutzung der immobilisierten russischen Vermögenswerte für die Unterstützung der Ukraine gehen wir noch einen Schritt weiter. Unsere europäischen EU-Partner und NATO-Alliierten fordern wir auf, es uns gleichzutun.

Freiheit

Die USA sind durch ihre wegweisenden Entscheidungen nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Unterstützung bei der deutschen Wiedervereinigung ein Garant für Sicherheit, Freiheit, Wohlstand in Deutschland und Europa. Ohne die mutigen Entscheidungen der damaligen US-Regierung würde es weder ein wiedervereintes, demokratisches und wirtschaftlich starkes Deutschland noch ein freies Europa geben. Dafür bleiben wir den USA sehr dankbar.

Diese Dankbarkeit bedeutet jedoch nicht, dass wir uns jede kritische Einlassung zu Meinungsfreiheit und Demokratie in Europa, auch nicht die von einigen Vertretern der aktuellen Administration, zu eigen machen würden. Ganz im Gegenteil: Die Werte, die Europa stark machen, sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands sind die Grundpfeiler unserer Freiheit. Meinungsfreiheit und Demokratie sind in Deutschland und Europa hohe Güter, die wir wertschätzen und durch unseren Rechtsstaat bewahren und verteidigen.

„DIE WERTE, DIE EUROPA STARK MACHEN, SIND DIE GRUNDPFEILER UNSERER FREIHEIT."

Wohlstand

Die Zahlen sind eindeutig: Die USA sind das wichtigste Zielland für deutsche Exporte außerhalb der EU. Die USA sind der größte außereuropäische Investor in Deutschland. Deutschland wiederum ist der drittgrößte Investor in den USA. Deutsche Tochterunternehmen haben in den USA derzeit etwa 870.000 Arbeitsplätze geschaffen, US-Tochterunternehmen in Deutschland rund 640.000, das unterfüttert die Bedeutung des transatlantischen Wirtschaftsraums. So enge

wirtschaftliche Verflechtungen sind über Jahrzehnte gewachsen und lassen sich nicht kurzzeitig substituieren. Es liegt auch nicht im gegenseitigen Interesse, diese eng verwobenen Lieferketten – teils in kritischen Sektoren – aufzulösen und damit die Resilienz des transatlantischen Marktes angesichts großer geopolitischer und geoökonomischer Herausforderungen zu schwächen.

Perspektivisch birgt die transatlantische Zusammenarbeit immens großes Potenzial: Europa und die USA zusammen umfassen 43 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und fast 30 Prozent des weltweiten Handels mit Waren und Dienstleistungen. Europäische Forschungseinrichtungen, Universitäten und Unternehmen sind Innovationsmotoren für die kritischen Technologien von morgen. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, wird es darauf ankommen, auch in Europa unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu stärken – und so den USA auf Augenhöhe zu begegnen.

Die Bundesregierung hat von Anfang an den Abbau gegenseitiger Barrieren unterstützt. Die erzielte Handelseinigung zwischen den USA und der EU soll nur ein Zwischenschritt sein, denn ihre Asymmetrie stellt unsere Unternehmen vor große Herausforderungen und verstärkt das Risiko einer Fragmentierung des freien Handels. Aber sie schafft kurzfristig eine gewisse Sicherheit und Planbarkeit für deutsche und europäische Unternehmen und hat eine Eskalation des Handelskonflikts mit potenziell schwerwiegenden Folgen für die europäische Wirtschaft verhindert. Deshalb unterstützt die Bundesregierung die Europäische Kommission bei den Verhandlungen mit den USA entlang unserer wirtschaftspolitischen Interessen. Die Bundesregierung wirbt gleichzeitig unter den europäischen Mitgliedsstaaten für europäische Einigkeit und setzt sich für die weitere Diversifizierung der EU-Handelsbeziehungen ein.

Neue Lehren, neue Handlungsfelder

Wenn wir auf die Entwicklungen in allen drei Feldern – Sicherheit, Freiheit, Wohlstand – seit Amtsantritt der US-Regierung und der Bundesregierung von Bundeskanzler Friedrich Merz blicken, zeigt sich: Die aktuellen Entwicklungen der transatlantischen Beziehungen beinhalten auch eine wichtige Lehre für die deutsche Außenpolitik.

Deutschland muss im Sinne des Dreiklangs Sicherheit, Freiheit, Wohlstand eine selbstbewusste, an unseren Interessen ausgerichtete punktuelle Zusammenarbeit mit Staaten neu „erlernen". Das gilt auch oder sogar insbesondere in Fällen, in denen diese Staaten unsere Werte nicht oder auch nicht mehr vollumfänglich teilen.

Was bedeutet das? Im Falle der USA als zentraler Partner und Verbündeter bieten sich Chancen und Herausforderungen gleichermaßen. Ganz klar ist, dass wir die über lange Zeit gewachsenen gemeinsamen Werte und Interessen erhalten und dort, wo ein Konsens möglich ist, diese auf- und ausbauen.

Gleichzeitig müssen wir im transatlantischen Verhältnis über die Kernthemen Sicherheit und Wirtschaft auch entlang unserer Interessen neue Handlungsfelder definieren, um diese Zusammenarbeit nicht nur zu sichern, sondern auch in ein neues Zeitalter zu überführen.

Neue Zielgruppen

Die Beziehungen zu den USA verändern sich – das gilt insbesondere auch mit Blick auf unsere Bevölkerung: Historisch bedingt sind immer weniger Menschen in den USA und in Deutschland transatlantisch sozialisiert. Um die Beziehungen in den USA stabil zu halten, muss es deshalb auch darum gehen, sie in der Mitte unserer jeweiligen Gesellschaften zu stärken. Wir müssen uns also darum kümmern, die nächste Generation von Transatlantikern zu erreichen. Wir wollen, dass Deutschland in all seinen Dimensionen in den USA positiv wahrgenommen wird. Dazu gilt es, möglichst viele unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Die Bundesregierung und ihre Vorgänger haben in den vergangenen Jahren viel investiert: Wir haben den Austausch unserer Kulturvermittler, unserer Alumni und unserer Honorarkonsuln in den USA intensiviert, die Zusammenarbeit mit subnationalen Partnern wie Landesparlamenten, Bürgermeistern und weiteren Amtsträgern in den Bundesstaaten gestärkt und neue Zielgruppen über maßgeschneiderte Programme nach Deutschland gebracht.

Wir wollen uns jedoch nicht auf Erreichtem ausruhen und werden unsere Anstrengungen noch intensivieren. Dazu gehört unter anderem die Sportdiplomatie bei den anstehenden Großereignissen in den USA wie der FIFA-Weltmeisterschaft der Männer 2026 und den Olympischen Spielen in Los Angeles 2028. Dazu gehört, dass das Goethe-Institut neue Standorte abseits der Küsten in Houston und St. Louis eröffnet. Und dazu gehört, dass wir die vielen Menschen in den USA, die Berührungspunkte zu Deutschland haben, beispielsweise Alumni von Austausch- und Stipendienprogrammen oder Veteranen, die in Deutschland gedient haben, als Botschafterinnen und Botschafter für Deutschland gewinnen. Denn viele von ihnen sind bereit, sich aktiv für die deutsch-amerikanische Partnerschaft einzusetzen.

Zukunftstechnologien

Sei es Künstliche Intelligenz, Quantencomputer oder Raumfahrt: Wenn es um die kritischen Technologien der Zukunft geht, sind immer auch europäische Forscherinnen und Forscher und Unternehmen gefragt. Auch wenn wir nicht immer mit dem unternehmerischen Tempo in den USA und den dortigen Finanzierungsmöglichkeiten mithalten können: Zusammenarbeit in sensiblen Technologiebereichen geht aus Gründen der technischen und nationalen Souveränität nur unter gleichgesinnten Staaten. Auch deshalb besteht hier großes Potenzial für eine vertiefte Kooperation zwischen Deutschland bzw. Europa und den USA.

Einen Fokus sollten wir dabei auf das Handlungsfeld Raumfahrt legen; bereits jetzt sind deutsche Space Start-ups wichtige Zulieferer für die US-Giganten SpaceX und Blue Origin, bereits jetzt ist die ESA ein wichtiger Kooperationspartner für die NASA. Hier gilt es anzuknüpfen und Angebote zu unterbreiten, denn die Kooperation mit den USA kann auch Motor für unsere eigene Wirtschaft und Innovationskraft sein. Für uns bedeutet das aber auch, dass wir weiterhin in unsere eigene Innovationsfähigkeit und Forschungssicherheit investieren müssen, um ein attraktiver und vertrauenswürdiger Partner zu sein.

„WIR MÜSSEN WEITERHIN IN UNSERE EIGENE INNOVATIONSFÄHIGKEIT UND FORSCHUNGSSICHERHEIT INVESTIEREN.“

Neue Partnerschaften

Sei es im Indopazifik oder in Lateinamerika: Die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, weltweit neue Partnerschaften einzugehen und bestehende zu vertiefen. Dazu gehört auch unser Einsatz für den zeitnahen Abschluss der EU-Freihandelsabkommen mit MERCOSUR und Indonesien, die Unterstützung der EU-Verhandlungen für Freihandelsabkommen mit Indien, Malaysia, den Philippinen und Thailand sowie die Intensivierung unserer Beziehungen mit Kanada. Damit stärken wir die Resilienz der europäischen Wirtschaft, diversifizieren Risiken und schaffen gleichzeitig neue Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit den USA und die transatlantischen Beziehungen.

Das gilt in besonderem Maße für Lateinamerika: Der US-Regierung ist es ein Anliegen, sich außenpolitisch verstärkt auf Lateinamerika zu konzentrieren. Dabei geht es – insbesondere im Wettbewerb mit China – auch um die Frage, wer in Südamerika künftig die Narrative setzt und Einfluss nimmt. Deutschland verfügt über ein enges Netzwerk auf dem Kontinent und gilt in vielen Ländern als glaubwürdiger Partner. Auch deshalb sollten wir unser Engagement mit den USA abstimmen und wo immer möglich gemeinsam vorgehen. Gerade im Bereich der Konnektivität können wir mit der EU mit Global Gateway Alternativen zur Belt and Road Initiative bieten und wirtschaftliche Verbindungen vertiefen. Auch in Krisenkontexten können wir einen wichtigen Beitrag leisten. So hat Deutschland im Rahmen der UN-Generalversammlung weitere fünf Millionen Euro für die Unterstützung der internationalen Anstrengungen zugesagt, Frieden und Sicherheit nach Haiti zurückzubringen. Damit haben wir ein sowohl in Lateinamerika als auch den USA aufmerksam beobachtetes Zeichen unseres Engagements für die Region gesetzt.

Ausblick

Unsere Beziehungen zu den USA waren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs selten geradlinig, aber für die Bundesrepublik Deutschland immer von zentraler Bedeutung. Auch über ein Jahr nach der Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der USA werden sie die deutsche und europäische Politik intensiv beschäftigen. Es ist darum umso wichtiger, jenseits des Alltagsgeschäfts und über die anderen großen Linien unserer Zeit hinaus in die Zukunft dieser Beziehungen weiter zu investieren, in den USA und außerhalb.

Beitrag / Claudia Plattner & Florian Seiller


BSI

„Es braucht mehr Tempo auf dem Weg hin zu digitaler Souveränität.“

Die Bedrohungslage im Cyberraum ist nach wie vor angespannt und nimmt im Kontext geopolitischer Machtverschiebungen sowie hybrider Angriffe qualitativ und quantitativ weiter zu. Cyberaggression hat massive Auswirkungen auf Staat, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Gesellschaft und damit auf unseren Wohlstand wie auch unsere Sicherheit. Gleichzeitig kommen neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) auf, die viele Chancen bergen, uns jedoch zugleich auch vor neue Herausforderungen stellen – gerade bei der Cybersicherheit.

Im Umgang mit Technologien und digitalen Produkten braucht es eine Doppelstrategie, damit wir für die Zukunft gewappnet sind: Wir müssen den europäischen Markt und die hiesige Digitalindustrie stärken und parallel außereuropäische Produkte bei Bedarf technisch anpassen oder einbetten – mit dem Ziel, sie sicher und selbstbestimmt nutzen zu können. Das geht nur in enger Kooperation von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, fordert BSI-Präsidentin Claudia Plattner.

Cloud Computing, Künstliche Intelligenz (KI) und Quantentechnologien sowie die Mobilfunkstandards 5G/6G sind Schlüsseltechnologien und somit wesentliche Impulsgeber der Digitalisierung. Sie verändern unsere Welt mit enormer Geschwindigkeit. Denn sie ermöglichen nie dagewesene Innovationen für Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und bilden somit das Fundament unseres Wohlstandes wie auch unserer Wettbewerbsfähigkeit. Aus unserer Wirtschaft sind sie bereits nicht mehr wegzudenken und auch unser privater Lebensalltag wird unaufhaltsam von digitalen Technologien erobert: Wer ein Smartphone oder ein Tablet nutzt, Wearables trägt, ein E-Auto fährt, ein Smart Home einrichtet, auf den großen Social-Media-Plattformen präsent ist oder Cloudspeicher für seine persönlichen Fotos und Unterlagen verwendet, ist de facto fester Teil des digitalen Kosmos. Und doch stehen wir erst am Anfang tiefgreifender weiterer Entwicklungen: Smart Factories, Smart Cities, eGovernment, automatisierte und vernetzte Mobilität, eHealth und New Space könnten bald keine ferne Zukunftsvision mehr sein, sondern Realität werden. Vermutlich steht uns in den 2030er Jahren der nächste Megatrend bevor: Der Siegeszug der Quantentechnologien, die uns buchstäblich Quantensprünge in den Bereichen Rechenleistung, Kommunikation, Sensorik und Simulation ermöglichen dürften. Doch nicht nur werden die Innovationszyklen bei technologischen Entwicklungen immer kürzer. Auch die Anzahl vernetzter Geräte wird rasant zunehmen: Bis ins Jahr 2033 wird sie Schätzungen zufolge auf mehr als 39 Milliarden weltweit ansteigen – das wären mehr als vier Geräte pro Erdenbürger.

Die Bedrohungslage im Cyberraum

Um die Digitalisierung erfolgreich gestalten zu können, müssen wir uns allerdings massiv anstrengen und aufs Gaspedal treten, etwa in den Bereichen Staatsmodernisierung, Forschung und Entwicklung, Transfer in den Markt, Gesetzgebung und Standards. Erst recht, wenn wir ganz oben in der digitalen Spitzenliga mitspielen und Innovationsführer bei Zukunftstechnologien sein wollen. Doch gerade die aktuellen geopolitischen Entwicklungen, mit denen der Westen in zunehmendem Maße konfrontiert ist, führen uns knallhart vor Augen, wie untrennbar die Themen Digitalisierung und Sicherheit miteinander verknüpft sind und warum es unerlässlich ist, beides gemeinsam zu denken und als zwei Seiten einer Medaille zu betrachten.

Vor allem im Cyberraum ist das zu spüren, was wir unter Cyberaggression zusammenfassen. Dieser entwickelt sich gerade zu einem zentralen Austragungsort hybrider Angriffe (Cyber Conflict), zu einem Hotspot von Kriminellen (Cyber Crime), aber auch zu einer Sphäre technologischer Abhängigkeiten (Cyber Dominance). Digitale Spionage, Sabotage, Desinformation und Propaganda haben über die Jahre hinweg massiv zugenommen. Sie lassen sich von fast überall, aus einem geschützten Umfeld heraus und fernab der gewählten Ziele, ausführen. Die Urheberschaft lässt sich im World Wide Web leicht verschleiern und daher oft nur schwer einem bestimmten Akteur zuordnen. Die erzielten Schadenseffekte – nicht nur im Cyberraum, sondern auch in der physischen Welt – sind mitunter erheblich. Wir denken etwa an die Cyberangriffe

„DIE THEMEN DIGITALISIERUNG UND SICHERHEIT SIND UNTRENNBAR MITEINANDER VERKNÜPFT. ES IST UNERLÄSSLICH, BEIDES GEMEINSAM ZU DENKEN.“

auf einen Flughafen-Dienstleister vom September 2025, die den europäischen Flugverkehr teils erheblich beeinträchtigten. Oder erinnern Sie sich an die Störung von Windkraftanlagen infolge eines Angriffs auf ein Satellitennetzwerk im Kontext des Ukraine-Krieges (2022). Zu erwähnen sind auch die fortwährenden Ransomware-Attacken gegen Kommunen oder deren IT-Dienstleister, die die Handlungsfähigkeit der Verwaltung stören oder lahmlegen. Aber nicht nur kritische Infrastrukturen, sondern auch unsere demokratischen Institutionen – Parlamente, Parteien, Politikerinnen und Politiker, Ministerien und Behörden, Stiftungen, Think Tanks sowie Nichtregierungsorganisationen – stehen unter schwerem digitalem Dauerfeuer. Das Ziel: unser Vertrauen in die Schutzfunktion des Staates und in unser demokratisches System zu erschüttern. Besonders perfide ist die Veröffentlichung erbeuteter, unter Umständen gar manipulierter Daten, die zur Diskreditierung der Opfer dienen. Zudem sind Wahlen, ein Kernelement von Demokratien, ins Visier ausländischer Akteure geraten – in Deutschland dank unserer Wachsamkeit zum Glück bisher ohne substanziellen Erfolg. Viele derartiger Angriffe gehen auf das Konto staatlicher oder staatsnaher Akteure, wie Nachrichtendienste oder APT-Gruppierungen, die auf beträchtliche finanzielle, technologische und personelle Ressourcen zurückgreifen können.

Cyberkriminelle haben international verzweigte und arbeitsteilige Ökosysteme geschaffen und erzielen damit beachtliche Profite, insbesondere durch den Einsatz von Ransomware. Ferner kommen täglich rund 300.000 Schadprogrammvarianten ins Netz. Seit Jahren beobachten wir außerdem, dass die Grenzen zwischen Cyber Conflict und Cyber Crime fließend sind. Die Schäden, die der deutschen Wirtschaft durch Cyberangriffe entstehen, sind immens: Laut Schätzungen des Branchenverbandes Bitkom belaufen sie sich für 2025 auf rund 202,4 Milliarden Euro – fast 23 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2025 beläuft sich auf rund 502,5 Milliarden Euro. Aber auch IT-Ausfälle infolge technischer Probleme können erhebliche Auswirkungen haben, wie wir 2024 anhand eines fehlerhaften Updates für Crowdstrike Falcon, einer Schutzsoftware für Endgeräte, erleben mussten. Die Schäden gingen in die Milliarden.

In der analogen Welt sind wir ebenfalls pausenlos Spionage- und Sabotageaktionen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ausgesetzt, etwa durch Drohnenüberflüge, Brandanschläge, Provokationen im Luftraum oder Schattenflotten. Bundeskanzler Friedrich Merz beschrieb das mit dem alarmierenden Satz: „Wir sind nicht im Krieg, aber wir leben auch nicht mehr im Frieden" (Schwarz Ecosystem Summit, 26.09.2025).

Bedrohungstrends im Cyberraum am Beispiel Künstlicher Intelligenz

Technologische Entwicklungen spielen bei Konflikten eine gewichtige Rolle und prägen in hohem Maße unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Dual-Use-Technologie KI zählt hier auch dazu. Wie wir wissen, ist KI äußerst mächtig und revolutioniert nicht nur die Sozialen Medien, sondern auch die Arbeitswelt, die Forschung, die Unterhaltung oder die Medizin. Doch neue Technologien lassen sich auch für bösartige Zwecke nutzen. Und so ist es wenig verwunderlich, dass fremde Mächte, Kriminelle und politisch-motivierte Hacker sich innovativer Technologien bedienen, um gängige IT-Schutzmechanismen zu überwinden und die eigene Schlagkraft im digitalen Raum zu erhöhen. Bereits heute nutzen Angreifer KI-basierte Angriffsmethoden gegen IT-Systeme und Infrastrukturen. KI-unterstützte Angriffstools und -techniken ermöglichen es unter anderem, Schwachstellen schneller aufzufinden und auszunutzen, Schutzmechanismen zu umgehen, Schadsoftware mittels individualisiertem Social Engineering skalierbar zu verteilen (beispielsweise in Form nahezu perfekt personalisierter Phishing-E-Mails) oder Schadcodes zu erstellen. Dafür ist nicht unbedingt tieferes, technisches Know-how erforderlich. Im Darknet kann man aus einem breiten „Einkaufssortiment" wählen und in Kryptowährung bezahlen. Und damit nicht genug: KI könnte Angriffsopfer sogar bei der Lösegeldzahlung in Kryptowährung unterstützen. Von der Zahlung von Lösegeld raten wir als Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) übrigens dringend ab. Zudem eignet sich KI zur Verstärkung von Distributed-Denial-of-Service Attacken (DDoS), mit denen sich Webserver durch Überlastung zeitweise lahmlegen lassen. Besonders besorgniserregend erscheint der Einsatz generativer KI zur Durchführung automatisierter Angriffe.

Massiv kommt KI bereits zur Erstellung von Deepfakes und zur Verbreitung von Desinformationen zum Einsatz, insbesondere im Kontext von Wahlen und politischen Kampagnen oder zum Zwecke der Rufschädigung von Privatpersonen, Unternehmen oder Institutionen. Auch hierfür braucht es nicht unbedingt Expertenwissen. So lassen sich Gesichter, Stimmen, Texte und Fotos täuschend echt fälschen und für kriminelle oder politische Zwecke missbrauchen. Selbst für Expertinnen und Experten wird es angesichts der rasanten Fortschritte bei der KI-Entwicklung zunehmend schwieriger zu unterscheiden, was echt ist und was nicht. Transparenz ist hier der entscheidende Faktor; dabei spielen sowohl das Aufspüren als auch eine Art digitales „Wasserzeichen" eine wichtige Rolle, um Inhalte und deren Herkunft zuverlässig zu überprüfen und KI-generierte Materialien eindeutig zu identifizieren. Ebenso brauchen wir die Möglichkeit, die Authentizität durch den Absender bestätigen zu können. Dann

sollte beispielsweise ein Video des Bundeskanzlers die Signatur des Bundeskanzleramts tragen, während der Vatikan wohl kaum ein Foto vom Papst im Gucci-Mantel signieren würde.

Gefahr droht aber auch durch die Manipulation von KI-Systemen, etwa durch die Eingabe verzerrter Daten, um sensible Daten abzuschöpfen oder IT-Systeme zu manipulieren. Fazit: KI-Modelle, ganz besonders große Sprachmodelle (Large Language Models LLMs), machen künftige Angriffe schneller, günstiger und auch für weniger technisch versierte Hacker zugänglicher. Und welche Bedeutung KI auf militärischem Gebiet erlangt, erleben wir gerade im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Noch gibt es keine autonomen KI-Hacking-Tools, die eigenständig beliebige IT-Infrastrukturen kompromittieren können, doch LLM-basierte Agenten, die Teile eines Angriffs automatisieren, werden bereits von ausländischen Akteuren eingesetzt. In Zukunft müssen wir aber nicht nur mit Attacken mit KI und auf KI rechnen, sondern auch mit weitergehenden auf Cloud-Infrastrukturen, auf autonome Systeme oder auf Kryptografie (etwa durch Quantencomputer). Künftig sind wir, womöglich noch mehr als bisher, von einem permanenten und immer schnelleren Wettlauf zwischen Angreifern und Verteidigern geprägt.

Die gute Nachricht ist: Neue Technologien bedeuten nicht ausschließlich neue Unsicherheiten, sondern ohne Zweifel auch viele neue Chancen – auch für die IT-Sicherheit. Wir können damit IT-Sicherheit gestalten. So kann KI uns dabei unterstützen, Bedrohungen im Cyberraum und Sicherheitslücken schneller zu entdecken (Prävention), Anomalien beim Datenverkehr besser zu erkennen (Detektion), große Datenmengen intelligent auszuwerten und erforderliche Abwehrmaßnahmen zu automatisieren (Reaktion).

Im Nationalen IT-Lagezentrum, dem Herzstück der operativen Cyberabwehr bei uns im BSI, befindet sich schon KI im Einsatz. Bisher setzt übrigens nur jedes zehnte Unternehmen KI für die Abwehr von Cyberangriffen ein. Hier ist also noch viel Luft nach oben. An unserem Standort in Saarbrücken, einem regelrechten KI-Hotspot, bündeln wir unsere Kompetenzen im Bereich KI und befassen uns intensiv mit allen Fragen rund um KI und Sicherheit, einschließlich des Themas Digitaler Verbraucherschutz. Im Sommer 2025 veröffentlichten wir zum Beispiel einen Prüfkatalog für KI-Systeme im Finanzbereich, mit dessen Hilfe sich Sicherheit, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Fairness von KI-Systemen systematisch bewerten lassen.

Technologische Abgängigkeiten am Beispiel KI

Verwundbar sind wir Europäer aber nicht nur durch direkte, mit neuen Technologien ausgetragene Angriffe, sondern auch durch technologische Abhängigkeiten, die über die Jahre hinweg gewachsen sind. Dies betrifft insbesondere digitale Produkte, wie Quantencomputing, 5G-Komponenten, Hardware und Clouds oder Halbleiter. Spürbar wird es unter anderem in der Verwaltung, Wirtschaft und Forschung. Als besonders groß werden hierzulande, laut Umfragen, die Abhängigkeiten von den USA und von China empfunden. Internationale Krisen und geopolitische Spannungen, die mitunter durch den Einsatz zoll- und handels-

politischer Instrumente ausgetragen werden und zu globalen Handelskonflikten führen können, haben unmittelbare Auswirkungen auf unsere Lieferketten. Sie können außerdem die Einflussnahme durch die Hersteller von digitalen Produkten zur Folge haben, etwa das Zugreifen auf Daten, digitale Dienste und Informationen. Dies betrifft beispielsweise auch Wechselrichter von Solaranlagen oder Router von Herstellern aus Staaten, in denen offizielle Stellen umfassende Kontroll- und Zugriffsbefugnisse haben und Hersteller zur vollumfänglichen Kooperation verpflichtet sind. Zudem besteht das Risiko der Sabotage, etwa in einem möglichen Konfliktfall. Durch derartige Einflussmöglichen (Cyber Dominance) entstehen nicht nur direkte Risiken für unsere Versorgungssicherheit und Volkswirtschaft, sondern auch für unsere Sicherheit insgesamt.

„DIE USA UND CHINA VERFÜGEN ÜBER EINE ERHEBLICHE MARKTMACHT."

Gerade im Bereich KI geht es neben den Zugriffsmöglichkeiten der Hersteller vor allem auch um Marktkonzentration und damit um eine technologische Abhängigkeit im engeren Sinne. Die USA und China verfügen über eine erhebliche Marktmacht – die Entscheidungen, ob die fortschrittlichsten, generativen KI-Modelle verfügbar sind, werden dort getroffen. Gleiches gilt für die dafür nötigen Cloud-Infrastrukturen. Die leistungsstärksten KI-Modelle werden zumeist nur unter restriktiven Lizenzen oder in der Cloud angeboten. Die wenigen großen US-amerikanischen und chinesischen Anbieter dominieren Training wie auch Hosting der Anwendungen. Oft vergessen wird dabei die Hardwarekomponente. Das heißt: Leistungsstarke, große KI-Systeme benötigen spezielle und leistungsstarke Chips, zum Beispiel Grafikprozessoren (GPUs) oder dedizierte KI-Chips, die wiederum nur von einer kleinen Anzahl globaler Unternehmen aus bestimmten Regionen und Ländern entwickelt und hergestellt werden. Die Folgen sind handfeste Versorgungsrisiken und Unsicherheiten. Hinzu kommt die Abhängigkeit von qualitativen Trainingsdaten, deren Validität sich nicht so einfach überprüfen lässt.

Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Souveränität

Aus unserer Sicht als Cybersicherheitsbehörde Deutschlands müssen Staaten dafür Sorge tragen, dass digitale Schlüsseltechnologien für sie verfügbar und sicher nutzbar sind. Nur so wird es möglich, die Digitalisierung erfolgreich und sicher voranzubringen, sich vor möglichen Risiken abzusichern und technologische Abhängigkeiten zu reduzieren. Dies gilt insbesondere im Kontext hybrider Bedrohungen und geopolitischer Rivalitäten. Doch wie können wir das erreichen? Unserer Meinung nach brauchen wir eine Doppelstrategie:

ERSTENS: Es braucht eine Stärkung des europäischen Marktes und der einheimischen Digitalindustrie wie auch mehr Tempo auf dem Weg hin zu digitaler Souveränität. Tatsache ist, dass große, ausländische Big-Tech-Konzerne in einigen Bereichen nach wie vor einen deutlichen Vorsprung haben und es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich wäre, vollständig plötzlich auf nationale und europäische digitale Lösungen umzustellen. Da die Ausweichmöglichkeiten auf Hersteller aus anderen Staaten auch im Bereich KI derzeit noch begrenzt sind, muss die Förderung europäischer KI weiter nach Kräften intensiviert werden. Dass Cybersicherheit dabei von Anfang an mitgedacht werden muss, sollte mittlerweile selbstverständlich sein (Security by Design).

Erfreulicherweise gibt es mittlerweile zahlreiche, vielversprechende nationale und europäische Ansätze und Initiativen sowie Produkte, etwa in den Bereichen Cloud und KI. Deutschland und Europa müssen die Aufholjagd starten. Und genau hier gilt es nachzuhalten: Wir müssen stärker in deutsche und europäische Programme investieren und vor allem auch die Marktreife heimischer Entwickler sowie Hersteller besser fördern, damit am Ende international konkurrenzfähige Produkte stehen. Denn häufig hapert es nicht bei der Grundlagenforschung, sondern beim Sprung auf den Markt. Das ist auch für Cybersicherheitsprodukte von Bedeutung. Vom Aufbau eines Cybermarktes profitiert ganz konkret unsere Cybersicherheit. Genau das ist auch eine der Säulen der BSI-Strategie auf unserem gemeinsamen Weg zur Cybernation.

„WIR MÜSSEN STÄRKER IN DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE PROGRAMME INVESTIEREN“

ZWEITENS: Wir müssen internationale Produkte, sofern erforderlich, technisch so anpassen oder einbetten, dass eine sichere und selbstbestimmte Nutzung möglich wird und unerwünschte Datenabflüsse zuverlässig verhindert werden. Richtschnur für Hersteller und Anbieter müssen europäische Normen, Standards und Sicherheitsvorgaben sein. Im Kern geht es darum, technische Kontrollschichten (Control Layer) in Produkten und Services zu implementieren. Damit würden sich bisher eingesetzte Technologien besser absichern und bestehende Abhängigkeiten reduzieren lassen. Dies erfordert allerdings noch umfangreiche Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung. Eines ist bei der Absicherung eingesetzter Produkte unerlässlich: Die enge Kooperation mit nationalen, europäischen und internationalen Herstellern und Open-Source-Communities, welche wir als BSI bereits praktizieren.

Je mehr vertrauenswürdige Produkte verfügbar sind, desto souveräner können wir entscheiden und desto sicherer können wir die Digitalisierung gestalten. Es geht darum, Technologien bewerten und beherrschen zu können. Ohne diese Fähigkeit werden wir weder Digitalisierung noch Cybersicherheit beherrschen. Genau das, die Bewertung von Sicherheitseigenschaften und die Ableitung von Anforderungen an Produkte und Services, ist ein Kernauftrag des BSI. Der enge Austausch mit internationalen Partnern, insbesondere im transatlantischen Rahmen, ist dabei unerlässlich. Und genau deshalb schätzen wir auch den Dialog bei der Atlantik-Brücke. Sie bietet ein Forum, sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft diesseits und jenseits des Atlantiks auszutauschen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und die transatlantische Wertegemeinschaft weiter mit Leben zu füllen – in einer Zeit, in der wir massiven Bedrohungen für unsere Sicherheit ausgesetzt sind. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch und darauf, Cybersicherheit mit Ihnen auch in Zukunft gemeinsam zu gestalten!



Co-Autor
Dr. Florian Seiller,
BSI, Referat K24 – Strategien und neue Ansätze der Informationssicherheit

Impressum

AUSGABE DEZEMBER 2025

Herausgeber
Atlantik-Brücke e. V.
Palais Eger
Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin
www.atlantik-bruecke.org

Redaktion
Beate Wild,
Leiterin Kommunikation

Mitarbeit
Jonas Ader,
Robin Fehrenbach,
Jenny Koch

Gestaltung
Studio Sabrina Grill

Repro / Bildbearbeitung
Twentyfour Seven
Creative Media Services GmbH

Druck / Herstellung
Druckhaus Sportflieger, Berlin

Bildnachweis
S. 13 © BMWE/Bundespresseamt
S. 19 © BMVg
S. 27 © Bastian Thiery
S. 35 © AA/Cosima Höllt
S. 43 © BMI/Henning Schacht
S. 51 © Florian Seiller



Atlantik-Brücke
Publications